



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST



Statement von Ministerin Theresia Bauer

zur mündlichen Anfrage

der Abg. Sabine Kurtz, CDU

„Unterstützung der Eröffnungsfeier der „Transnationalen
Aktionen gegen die Europäische Zentralbank“ durch den
Studierendenrat der Universität Heidelberg“

(Drs. 15/6690-1)

am 16.04.2015 in Stuttgart

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Kurtz,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dem Wissenschaftsministerium ist nicht bekannt, dass das Referat für politische Bildung des Studierendenrats der Universität Heidelberg die Eröffnungsfeier der „Transnationalen Aktionen gegen die EZB“ unterstützt hätte. Mein Haus hat in Erfahrung gebracht, dass seitens des Referats eine Podiumsdiskussion in Heidelberg über Sinn und Unsinn der Proteste finanziell unterstützt wurde - und ebenso eine Busfahrt nach Frankfurt. Die Gesamt-

summe der finanziellen Unterstützung soll maximal 500 EUR betragen haben.

Diese Förderungen werden derzeit von der Universität Heidelberg geprüft, die die Rechtsaufsicht über die Verfasste Studierendenschaft hat, die ja eine Teilkörperschaft der Universität ist.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, in Erinnerung zu rufen, warum die Landesregierung die Verfasste Studierendenschaft wieder eingeführt hat. Nach mehr als 30 Jahren haben wir den Studierenden in unserem Land wieder eine starke Stimme gegeben. Studierende sind mündige junge Menschen, die in der Lage sein sollen, sich für ihre Angelegenheiten zu engagieren und sich kritisch mit politischen Fragen auseinanderzusetzen. An diesem Gedanken orientieren sich die gesetzlich festgelegten Aufgaben der Verfassten Studierendenschaft.

Die Studierendenschaft nimmt die hochschulpolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden wahr. Sie kann außerdem zu Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.

Mit anderen Worten: die Studierendenschaft kann als Stimme der Studierenden zu hochschulpolitischen Fragen Position beziehen: Zur Rolle der Hochschulen oder zu Themen wie der Anbindung der Hochschule an den Öffentlichen Nahverkehr.

Daneben gehört die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden zu den zentralen Aufgaben der Studierendenschaft. Im Rahmen politischer Bildungsarbeit kann sich die Studierendenschaft auch kontroversen gesellschaftlichen Fragen widmen. Sie hat dabei aber als öffentlich-rechtliche Körperschaft das Gebot der weltanschaulichen, religiösen und parteipolitischen Neutralität zu wahren.

Meine Damen und Herren, weil Studierende mündige junge Menschen sind, haben wir der Verfassten Studierendenschaft Freiheiten für das politische Engagement eingeräumt. Wir wollen, dass die Studierenden über eine starke Stimme verfügen. Wir wollen das politische Engagement der jungen Menschen an unseren Hochschulen fördern.

Mit der neuen Freiheit geht jedoch Verantwortung einher. Weil die Studierendenschaften mit Beiträgen der Studierenden operieren, haben wir im Landeshochschulgesetz verlässliche Strukturen vorgesehen, die dafür sorgen,

dass die Gelder ordnungsgemäß verwendet werden. Für den Haushalts- oder Wirtschaftsplan der Verfassten Studierendenschaft gelten die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung, er bedarf der Genehmigung durch das Rektorat.

Das Gesetz verpflichtet das exekutive Kollegialorgan, einen Haushaltsbeauftragten einzusetzen, der in haushaltsrechtlichen Fragestellungen berät. Die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof. Die Studierendenschaft muss zudem eine fachkundige Person mit der Rechnungsprüfung beauftragen.

Meine Damen und Herren,

wir trauen den Studierenden zu, Verantwortung zu übernehmen und ich hoffe, Sie liebe Kolleginnen und Kollegen, tun das auch. Im konkreten Fall heißt es nun, die Prüfung der Universität im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht abzuwarten. Ich bin überzeugt, dass die Universität Heidelberg diese Prüfung umsichtig und gründlich vornehmen wird. Und ich vertraue auch darauf, dass die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg dieses Bemühen unterstützt.

Das Wissenschaftsministerium wird dieser Prüfung nicht vorgreifen.

Dessen ungeachtet steht das Wissenschaftsministerium mit den Studierenden - und den Hochschulen - in Kontakt, um offene Fragen zu klären.

Die Studierendenschaften im Land haben gerade erst ihre Arbeit aufgenommen. Sie befinden sich in einem Lernprozess. Nicht zuletzt deshalb gibt es regelmäßige Gespräche zwischen dem Wissenschaftsministerium und der Landesstudierendenvertretung. Wir unterstützen die Studierenden, damit die Verfasste Studierendenschaft ein Erfolg wird.